

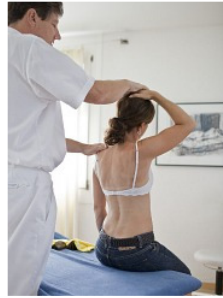


Regional: Aargau Solothurn:

Samstag, 2.7.2011

## Aargauer Hausärzte wollen mehr Geld von Krankenkassen

**Die Aargauer Hausärzte wollen mehr Geld für ihre Leistungen. Sie haben deshalb per Ende Jahr den sogenannten Taxpunkt-Vertrag mit den Krankenkassen gekündigt. Die Beiträge seien seit 20 Jahren nicht angepasst worden, so die Ärzte. Ohne Änderung stehe ein Arztpraxis-Sterben bevor.**



Ein Hausarzt untersucht eine Schleudertrauma-Patientin (Symbolbild). Die Aargauer Hausärzte wollen für ihre Dienstleistungen mehr Geld von den Krankenkassen.

(Keystone)

Krankenkassen und Aargauer Ärzte wollen Ende August mit den Verhandlungen über die Taxpunktwerte beginnen. Falls es zu keiner Einigung kommt, müsste gemäss Jürg Lareida die Aargauer Regierung den Taxpunktwert festlegen. (velm)

Beitrag

Seit 20 Jahren hätten die Aargauer Ärzte weder einen Taxpunkt-Erhöhung noch einen Teuerungsausgleich erhalten, schreibt der Ärzteverband in einer Mitteilung vom Samstag. Das Resultat dieser Entwicklung: Die Praxis-Einrichtungen würden veralten, man finde keinen Nachwuchs, weil die Spitäler bessere Löhne zahlen könnten.

### Kündigung als «Pilotversuch»

Der Ärzteverband will deshalb die Taxpunktwerte neu verhandeln. Der Verband fordert 7 Rappen mehr für technische Leistungen, 13 Rappen mehr für ärztliche Leistungen. Der aktuelle Taxwertpunkt beträgt 89 Rappen.

Die Forderungen seien bisher von den Krankenkassen ignoriert worden, deshalb habe man sich zur Kündigung des Vertrages entschlossen, sagte Jürg Lareida im Regionaljournal Aargau Solothurn von Schweizer Radio DRS. Der Vize-Präsident der Aargauer Ärzte spricht von einem «Pilotversuch». Auch Ärzte in anderen Kantönen könnten dem Aargauer Beispiel folgen, so Lareida.

### Hausärzte sind günstiger als Spitäler

Langfristig sei eine Taxpunkt-Erhöhung für die Patienten sogar günstiger, glaubt Lareida. «Unsere Forderungen würden die Krankenkassen-Prämien um 5 Franken verteuern. Langfristig aber ist es günstiger, wenn Hausärzte medizinische Leistungen anbieten können, als wenn diese Leistungen von Spitalern abgedeckt werden müssen.»

Hören (1:24)